

# UFL baut Forschung in Liechtenstein aus

Die Private Universität im Fürstentum Liechtenstein (UFL) hat gestern Abend in Triesen ihren Jahresbericht 2023 vorgestellt.

Kurz vor ihrem 25-jährigen Jubiläum steht die Private Universität im Fürstentum Liechtenstein (UFL) mit Sitz in Triesen besser da denn je: Die Infrastruktur wird ausgebaut und das Team qualitativ verstärkt. Die UFL-Institute und damit der Forschungsstandort Liechtenstein sind international präsent. Und die Studierenden promovierten auch 2023 wieder zu gesellschaftlich relevanten Forschungsthemen. Davon zeugen die Projekte, die im gestern veröffentlichten Jahresbericht 2023 vorgestellt werden. Seit ihrer Gründung 2000 wurden Forschende der UFL weltweit in 237 Publikationen zitiert und haben fast 100 Kongressbeiträge geliefert. «Die Welt nimmt uns wahr, nimmt Forschung aus Liechtenstein wahr», sagt UFL-Stiftungsratspräsident Lorenz Risch. Dies stärke nicht zuletzt den Forschungsstandort Liechtenstein. Der Präsident betont: «Die UFL strahlt weit über die Landesgrenzen hinaus.»

## Forschungsfläche und UFL-Team erweitert

Die UFL setzt weiterhin auf Kontinuität und qualitatives Wachstum. Dies zeigt sich daran, dass der Stiftungsrat der Rektorin Barbara Grant für weitere fünf Jahre das Vertrauen ausgesprochen hat. Ausserdem wird seit Anfang 2023 von dem gesamten Team am Hochschulentwicklungsplan 2025-2030 gearbeitet. Gleichzeitig schafft die UFL mehr Raum für Studium, Verwaltung und Forschung. So wird die Hauptuniversität in Triesen derzeit um 400 Quadratmeter erweitert.

Ausserdem können seit 2023 universitäre Forschungsthemen direkt an den neu eta-



Heinz Frommelt (Co-Vorsitz Universitätsrat), Rektorin Barbara Gant, Gemeindevorsteherin Daniela Erne, Harald Renz (Co-Vorsitz Universitätsrat) und Stiftungsratspräsident Lorenz Risch (v.l.) anlässlich der Präsentation des UFL-Jahresberichts 2023. Bild: Elma Korac

bierten Forschungsinstituten und neu eröffneten Labors in Liechtenstein bearbeitet werden.

Mit den stetig steigenden Studierendenzahlen wächst auch das Team. Inzwischen arbeiten 35 Personen für die UFL. Erstmals wird die UFL dieses Jahr auch zum Lehrbetrieb: Sie hat eine kaufmännische Lehrstelle geschaffen. Ebenso wer-

den seit Jahren Praktika angeboten. Nicht zuletzt setzt die Universität auf verlässliche Partnerschaften, zunehmend auch international. In Liechtenstein ist die UFL zudem Mitglied des Hochschulverbundes, dessen Vorsitz sie 2024 übernommen hat. Der Verbund hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Forschung in Liechtenstein sichtbar zu machen.

«Wir sind eine lebendige, agile und vor allem auch selbst stets lernende Organisation», so Rektorin Barbara Grant. Heinz Frommelt, Co-Vorsitzender des Universitätsrats, hält ergänzend fest: «Um die Gesellschaft zu verändern, braucht es auch in Liechtenstein die Erkenntnis, dass Wissenschaft und Forschung ein wesentlicher Standortfaktor sind.» Auch in Politik

und Wirtschaft habe die UFL durch den Ausbau der Forschung an Reputation gewonnen. «Der Jahresbericht zeigt eindrücklich, dass sich auch ein Land wie Liechtenstein zu einem respektablen Wissenschafts- und Forschungsstandort mit internationaler Ausstrahlung und Anziehungskraft entwickeln kann», so Frommelt. Ein Land ohne Boden-

schätze müsse auf die einzige und wichtigste Ressource – das Wissen – zurückgreifen und diese ausbauen.

## Vom gesunden Altern bis zur künstlichen Intelligenz

Seit 2005 haben bis zum Stichtag (15. November 2023) insgesamt 411 Studierende das Doktoratsstudium der Medizinischen Wissenschaft oder der Rechtswissenschaften an der UFL begonnen. Nach der Promotionsfeier 2023 werden insgesamt 172 Studierende ihr Doktoratsstudium an der UFL erfolgreich abgeschlossen haben, davon 114 an der Medizinischen-Wissenschaftlichen Fakultät und 58 an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät.

13 Prozent der Studierenden kommen mittlerweile aus Liechtenstein. Damit fasst die UFL, die seit ihrer Gründung vor allem internationale Studierende anzieht, auch bei wissenschaftlich Interessierten in Liechtenstein zunehmend Fuss.

«Spannend und aktueller denn je sind die Forschungsarbeiten unserer Studierenden», meint Harald Renz, Co-Vorsitzender des Universitätsrats.

Vergangenes Jahr wurden an der Medizinischen Fakultät Themen wie gesundes Altern, Immunologie, Pharmakologie, Onkologie, Herz-Kreislauf oder Umwelt und Gesundheit erforscht. An der Rechtswissenschaftlichen Fakultät sowie am Forschungsinstitut für Liechtensteinisches Recht und Rechtstheorie wurden ebenfalls aktuelle Themen aufgegriffen. Dazu gehören zum Beispiel die Regulierung neuer Technologien, allen voran KI, der rechtliche Schutz von Innovationen oder europa- und völkerrechtliche Themen. (eingesandt)

# Wie es zu den Enteignungen in Tschechien gekommen ist

Am 29. April weilte Ferdinand Trauttmansdorff, Völkerrechtsexperte und ehemaliger Botschafter Österreichs in Tschechien, in Schaan.

Ferdinand Trauttmansdorff ist Mitglied der Liechtensteinischen-Tschechischen Historikerkommission, Initiatorin der Vortragsreihe «Tschechien und Liechtenstein – eine besondere Beziehung» der Erwachsenenbildung Stein Egerta.

Die Kommission war 2010 nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und dem Fürstentum Liechtenstein eingesetzt worden. Trauttmansdorff betreut mit Ondrej Horak (Olmütz) die von der Kommission veranlasste Edition der Rechtsgutachten zur Enteignungs- und Konfiskationsfrage nach 1918 und nach 1945. Thema seines Vortrags war dann auch dieser Fragenkomplex. Dabei blickte Trauttmansdorff zurück, wie es zum Disput gekommen ist.

## Liechtensteiner werden als «Deutsche» betrachtet

Aus der Niederlage der Mittelmächte und dem Zerfall der

Donaumonarchie resultierte 1918 die Gründung der Tschechoslowakischen Republik. In der damals proklamierten Bodenreform verlor das Fürstenhaus bis 1936 gegen Entschädigung über die Hälfte der Besitzungen durch Verstaatlichung und Zwangsveräußerung, den Rest nach 1945 durch entschädigungslose Konfiskation. Im Ganzen erlitten 38 liechtensteinische Staatsangehörige Vermögensverluste.

Im Vortrag mit anschließender Diskussion beleuchtete Trauttmansdorff die rechtlichen, politischen und historischen Aspekte der komplexen Sachverhalte. Das Fürstenhaus stellte zusammen mit dem Staat Liechtenstein immer wieder die Rechtmässigkeit der Enteignungen und Konfiskationen in Frage und beharrte auf den Ansprüchen.

Einerseits war der gewaltige Umfang der Besitzungen in der Tschechoslowakei für den Staat problematisch und die Kontrol-



Ferdinand Trauttmansdorff referierte über die Enteignungen und Konfiskationen in Tschechien nach 1918 und 1945 Bild: Stein Egerta

le darüber wichtig, andererseits hatte der Kleinstaat ein geringes wirtschaftliches und politisches Gewicht. Die diplomatischen Handlungsmöglichkeiten waren begrenzt, eine Unterstützung durch die Schweiz nicht immer im erforderlichen Mass möglich. Die tschechoslowakische Nichtanerkennungspolitik zeigte zudem Wirkung. So wurden die Errichtung einer liechtensteinischen Gesandtschaft in Prag und die Vertretung Liechtensteins durch die Schweiz abgelehnt. 1938 aufgenommene diplomatische Beziehungen (Vertretung durch die Schweiz) brach die Tschechoslowakei 1945 wieder ab. Sie konfiszierte entschädigungslos land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz in der Hand «staatlich unzuverlässiger Personen», das heisst Personen deutscher und magyarischer Nationalität unabhängig, von deren Staatsangehörigkeit.

Liechtensteiner und Liechtensteinerinnen wurden als

«Personen deutscher Nationalität» angesehen.

## Aussergerichtlich Einigung wäre bevorzugte Lösung

Liechtenstein dagegen sah sich in seinen Grundrechten verletzt und stellte sich immer gegen diese problematische und gegen das Völkerrecht gerichtete Vorgehensweise.

Erst mit dem Ende der kommunistischen Ära 1989 kam Bewegung in die zwischenstaatlichen Beziehungen. Liechtenstein brachte die Angelegenheit vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Eine aussergerichtliche Einigung steht aber im Vordergrund. Die Stiftung Fürst Liechtenstein ist bereit, strittige Eigentumsansprüche abzugeben. Das fragliche Eigentum soll in einen gemeinsamen Fonds gehen, den die Stiftung verwaltet. Engere Beziehungen zwischen Liechtenstein und Tschechien könnten neue Perspektiven eröffnen, so ein Fazit des Abends. (eing)